



Mitteilungen der Landespsychotherapeutenkammer Baden-Württemberg

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in dem zu Ende gehenden Jahr wurden für uns Psychotherapeuten wichtige Themen diskutiert und auch wichtige Entscheidungen getroffen. Die ambulante psychotherapeutische Versorgung und Bedarfsplanung ist, wie wir mehrfach berichteten, ein Problem. Als Kammer haben wir immer wieder gegenüber Politik und Presse auf die Versorgungslücken hingewiesen, die in langen und unzumutbaren Wartezeiten zum Ausdruck kommen. Nun vereinbarten KBV und Krankenkassen die sog. Ausbudgetierung, d. h. Trennung der Vergütung der Psychotherapeuten von der der anderen Ärzte. Damit müssen die Krankenkassen die erbrachten genehmigungspflichtigen Leistungen und auch die Probatorik voll bezahlen. Mengenausweitungen aufgrund gestiegener Morbidität müssen somit von den Kassen bezahlt werden! Die übrigen Leistungen verbleiben in der Gesamtvergütung und werden voraussichtlich weiter quotiert werden. Gleichzeitig wurde vereinbart, die psychotherapeutische Versorgung im ländlichen Raum durch neue Niederlassungsmöglichkeiten für Psychotherapeuten zu verbessern. Wir hoffen und gehen davon aus, dass sich dies auch in den derzeit

schlecht versorgten Bereichen in Baden-Württemberg niederschlagen wird.

Mit großer Sorge sehen wir dabei, dass es bisher keine verbindliche Regelung gibt, wie die Versorgung in den Gebieten Baden-Württembergs erhalten bleibt, in denen die Versorgungsdichte zwar besser ist, die aber nach der derzeitigen Bedarfsplanung nominell als (massiv) überversorgt gelten. Hierauf hat der Kammervorstand jüngst auch in einem Schreiben an Sozialministerin Katrin Altpeter hingewiesen. Nach der letzten Gesundheitsreform mit dem Versorgungsstrukturgesetz kann der Zulassungsausschuss beschließen, dass Sitze in diesen Regionen nicht an Nachfolger weiter gegeben werden können. Die KV muss die Praxisinhaber dann entschädigen. Es gibt zwar Äußerungen aus der KVBW, dass das nicht stattfinden soll, verbindliche Regelungen zum Erhalt der bestehenden Versorgungsdichte gibt es jedoch nicht. In diesem Zusammenhang ist es außerordentlich bedauerlich, dass die Landesregierung bisher im Unterschied zu anderen Bundesländern ablehnt, die Kammer in den Landesauschuss, das Gremium der Bedarfsplanung auf Landesebene, aufzunehmen. Allerdings arbeiten wir daran, dies zu ändern. Auf alle

Fälle wird uns die Bedarfsplanung und Versorgung psychisch kranker Menschen auch im nächsten Jahr beschäftigen, wir werden weiter darüber informieren.

Aus dem Dargestellten wird die enge Verflechtung von Versorgung und wirtschaftlichen Interessen deutlich. In einem gemeinsam mit der Landesärztekammer veranstalteten Symposium haben wir dieses Thema aufgegriffen, um die zunehmende Ökonomisierung des Gesundheitssystems mit Fachleuten kritisch zu reflektieren. Insbesondere wurden die Gefahren dieser Entwicklung auf unsere tägliche Arbeit mit den Hilfe suchenden Patienten diskutiert. Diese Auseinandersetzung mit ethischen Fragen wird durch die aktive Kammerarbeit neben vielen anderen Aufgaben und aktuellen politischen Auseinandersetzungen wachgehalten und auch künftig immer wieder zu diskutieren sein.

Wir wünschen Ihnen für die kommende Weihnachtszeit und den Jahreswechsel erholsame Tage und einen guten Rutsch.

Ihr Kammervorstand

*Dietrich Munz, Martin Klett,
Kristiane Göpel, Birgitt Lackus-Reitter,
Roland Straub*

Vertreterversammlung (VV) am 19. und 20. Oktober 2012

Wegen der großen Themenfülle wurde der Beginn der Herbst-VV schon für Freitag nachmittag angesetzt. Zu Beginn ergänzte Präsident Dr. Dietrich Munz den schriftlich vorliegenden Bericht des Kammervorstandes. Nach der ausführlichen Diskussion des Berichtes, der auch auf der Kammerhomepage zum Download bereitsteht, stand die Diskussion zur Psychotherapeu-

tenausbildung auf der Tagesordnung. Die große Mehrheit der Delegierten bekräftigte dabei die hierzu bei der letzten Vertreterversammlung verabschiedete Resolution, in der die VV sich klar zu einer Reform der Psychotherapieausbildung bekannt hatte, insbesondere zur Sicherstellung der ausreichenden Vergütung der PiA und der Festlegung der Zugangsvoraussetzung zur

Ausbildung auf Masterniveau. Die vom Bundesministerium für Gesundheit in die Diskussion eingebrachte Direktausbildung wurde in dieser Resolution in Form von Modellversuchen befürwortet, einer regelhaften Einführung zum jetzigen Zeitpunkt aber eine klare Absage erteilt. Diese Position wurde von der großen Mehrheit der Versammlung erneut bekräftigt.

Anschließend wurde nach der Wiederaufnahme der Diskussion zu einem Leitbild der LPK Baden-Württemberg der zwischenzeitlich nach Anregungen einzelner Vertreterversammlungsmitglieder überarbeitete Text mit großer Mehrheit verabschiedet. Das Leitbild finden Sie auf der Kammerhomepage unter www.lpk-bw.de/kammer/leitbild_lpk_2012.pdf.



Blick ins VV-Plenum

Am Samstag standen dann zunächst mehrere Satzungsänderungen auf der Tagesordnung. So können zukünftig den Mitgliedern der Vertreterversammlung die Einladung und die Sitzungsunterlagen per E-Mail zugeschickt werden, sofern sie nicht ausdrücklich auf dem postalischen Versand der Unterlagen bestehen. Anschließend wurde eine Änderung der Hauptsatzung verabschiedet, in der festgelegt wurde, dass der

Haushaltsplan vier Wochen lang bei der Kammergeschäftsstelle eingesehen werden kann, nachdem der entsprechende Termin auf der Homepage der Kammer vorher bekannt gemacht werden muss.

Die Weiterbildungsordnung der LPK wurde bezüglich der Weiterbildungsstätten und der Übergangsbestimmungen präzisiert. Dabei wurden die Anforderungen und Verantwortlichkeiten der Weiterbildungsstätten klarer begrifflich gefasst und definiert. Als neuer Weiterbildungsbereich neben der Neuropsychologie wurde die Systemische Psychotherapie in die Weiterbildungsordnung aufgenommen.

Ein Antrag auf Reduzierung der Anzahl der Mitglieder der Vertreterversammlung um ca. 25% wurde von der Versammlung mit großer Mehrheit abgelehnt. Insbesondere wurde bei der Begründung der Ablehnung betont, dass die Repräsentanz der verschiedenen Gruppierungen nicht geschmälert werden sollte.

Abschließend wurde der geprüfte Jahresabschluss 2011 genehmigt, der Vorstand entlastet sowie der Haushaltsplan und die Beitragstabelle 2013 verabschiedet. Ein Antrag auf Reduzierung des Kammerbeitrages wurde nach ausführlicher Diskussi-



Dr. Dietrich Munz erläutert den Bericht des Vorstands

on mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. Durch die mehrjährige Beitragsstabilität findet de facto eine stetige Beitragssenkung statt. Besonders erwähnt wurde, dass die Staffelung in verschiedene Beitragsgruppen bei den Mitgliedern gut akzeptiert ist. Der Kammerbeitrag kann durch umsichtiges Haushalten und eine gute Vorplanung im Vorstand und Haushaltsausschuss für 2013 stabil gehalten werden.

!!!!!! WICHTIG !!!!!!! WICHTIG !!!!!!!

Alle Satzungs- und Ordnungsänderungen sowie die neue Beitragstabelle finden die Mitglieder der LPK BW im Einhefter in der Mitte dieses Heftes. Alle Änderungen finden Sie darüber hinaus auch auf unserer Homepage.

!!!!!! WICHTIG !!!!!!! WICHTIG !!!!!!!

„Alles wird besser? Ändert sich das Psychotherapieverständnis durch neue Formen der Versorgung?“ – Gemeinsames Symposium der LPK mit der Landesärztekammer

Am 13. Oktober 2012 fand in den Räumen der Bezirksärztekammer Nordwürttemberg in Stuttgart-Degerloch ein gut besuchtes Symposium mit dem Titel „Alles wird besser? Ändert sich das Psychotherapieverständnis durch neue Formen der Versorgung?“ statt, das die LPK BW gemeinsam mit der Landesärztekammer (LÄK) durchführte.

Nach einer Einführung durch die beiden Präsidenten Dr. Ulrich Clever (LÄK) und Dr. Dietrich Munz (LPK) sprach Giovanni Maio, Professor am Institut für Ethik und Geschichte der Medizin der Universität Freiburg, zum Thema: „Psychotherapie als berechnende Dienstleistung nach Vertrag? Zu den ethischen Grenzen einer ökonomi-

sierten Psychotherapie.“ Er kritisierte die aktuelle Betrachtung von Therapeuten als „Leistungserbringer“ und von Patienten als „Kunden“. Die therapeutische Beziehung, die eigentlich durch Vertrauen und Verstehen gekennzeichnet sein sollte, weiche zunehmend einem „Vertragsverhältnis“, welches einer helfenden Beziehung und damit einer Heilung im Wege stehe.

Paul Janssen, emeritierter Professor für Psychosomatik und Psychotherapie an der Universität Dortmund, vertrat in seinem Vortrag mit dem Titel „Die psychoanalytische Therapie ist in Deutschland in der Versorgungsrealität angekommen“ die Ansicht, dass die Psychotherapie ihre wichtige Stellung in der Krankenversorgung nur

dann festigen könne, wenn weiterhin entsprechende wissenschaftliche Studien auf den Weg gebracht werden. Er bezweifelte, dass eine schnellere Versorgung, so wie sie von den Selektivverträgen versprochen werde, auch eine bessere sei. Die Psychotherapie könne den Patienten nur gerecht werden, wenn auch in Zukunft noch eine ausreichend lange und tiefergehende Behandlung möglich sei.

Jürgen Hardt, langjähriger Präsident der Psychotherapeutenkammer Hessen, betonte in seinem Vortrag zur „Psychotherapie auf dem Gesundheitsmarkt“ die persönliche und gesellschaftliche Verantwortung der Psychotherapeuten gegenüber den Patienten. Gesundheit werde zuneh-

mend als Ware nach ökonomischen Kriterien gehandelt, deren Produktionskosten minimiert werden solle. Dadurch entstehe eine Situation, in der Einsparungen in der Versorgung wichtiger werden könnten als die Qualität bzw. das Ergebnis der jeweiligen Behandlung. In diesem Zusammenhang sprach er sich für mehr gesellschaftliche Solidarität mit den Kranken aus.

Alexander Noyon, Professor an der Hochschule Mannheim, stellte in seinem Vortrag mit dem Titel „Die moderne kognitive Verhaltenstherapie als integratives Kon-

zept zur Behandlung psychischer Störungen“ die humanistische Ausrichtung der modernen Verhaltenstherapie dar, die sich aus den aktuellen Ansätzen ergebe. Die Tatsache, dass etwa 40% der Wirkfaktoren jeder Psychotherapie auch nach neueren Forschungen ungeklärt seien, mache deutlich, dass die therapeutische Beziehung in allen Behandlungen im Vordergrund stehen müsse. Es sei unbestritten, dass psychisch schwer Erkrankte nur in komplexen und dadurch zeitaufwändigen Therapien erfolgreich behandelt werden könnten.

Die daran anschließende kritische Diskussion machte deutlich, dass die Kommerzialisierung des Gesundheitssystems bei den Psychotherapeuten bereits angekommen ist, und deren grundlegende Auswirkungen auf die Therapeut-Patient-Beziehung und damit auf den ganzen Therapieprozess vielfach schon Realität sind. Alle Referenten waren sich darüber einig, dass die Therapeuten-schaft angesichts dieser Situation dazu aufgerufen ist, die grundlegende Bedeutung einer qualitativ hochwertigen Behandlung gegenüber einer zunehmenden Ökonomisierung im Gesundheitswesen zu verteidigen.

Vorstandsgespräch mit Manfred Lucha (MdB, Bündnis90/Die Grünen)

Am 22. Oktober dieses Jahres konnte Kammerpräsident Dr. Dietrich Munz gemeinsam mit den Mitvorständen Martin Klett, Kristiane Göpel und Dr. Roland Straub sowie Geschäftsführer Christian Dietrich den Landtagsabgeordneten Manfred Lucha (Bündnis90/Die Grünen) in der LPK-Geschäftsstelle begrüßen. Manfred Lucha ist Mitglied im Landtagsausschuss für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren, in dem auch alle wichtigen gesundheitspolitischen Themen und Weichenstellungen verhandelt werden. Lucha kennt die Belange psychisch Kranker aus seiner Berufserfahrung als Krankenpfleger und Diplom-Sozialarbeiter, er ist seit über 25 Jahren in der psychiatrischen Versorgung der Region Bodensee-Oberschwaben tätig und u. a. auch Sprecher des gemeindepsychiatrischen Verbundes Bodenseekreis.

Das Gespräch konzentrierte sich vor allem darauf, Herrn Lucha über die Kammer selbst und ihre aktuellen Themen wie etwa die Versorgungsproblematik mit Wartezeiten zu informieren. Weiter war die Vernetzung der Profession der Psychotherapeuten im Hinblick auf die neuen Akzente der Landesregierung mit Regionalisierung der Gesundheitsplanungsgremien und mehr Bürgerdialog Thema des Gesprächs. Das Anliegen der Kammer, noch mehr in gesundheitspolitischen Gremien der Landes-

regierung einbezogen und beteiligt zu sein, wurde ausführlich erläutert und diskutiert. Hingewiesen wurde dabei auf die fehlende Beteiligung der LPK im vom Sozialministerium zur besseren Abstimmung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung neu eingerichteten sektorübergreifenden Landesbeirat oder bei der Krankenhausplanung. Erinnert wurde in diesem Zusammenhang daran, dass die Integration des Psychotherapeutengesetzes in das Landeskrankenhausgesetz und damit die Berücksichtigung der neuen, den Ärz-

ten gleichgestellten Berufsgruppe als Heilberuf noch ausstehe und daran, dass die Vorgängerregierung dies mit inhaltlich falschen Begründungen abgelehnt hatte. Vorstand und Geschäftsführung waren sich mit MdB Lucha einig, dass z. B. Landtagsanfragen, die sich mit der Versorgung psychisch kranker Menschen im Land befassen, von der Expertise der LPK unterstützt werden können und sollen. Eine erste konkrete Vereinbarung hierzu wurde bei Gesprächsende getroffen.

Mit auf den Weg gegeben wurden Manfred Lucha auch Daten zur aktuellen Versorgung sowie die Chancen und vor allem Risiken der aktuell in Neufassung befindlichen Bedarfsplanungsrichtlinien. Hierzu



Landtagsabgeordneter Manfred Lucha (Mitte; Bündnis 90/Die Grünen) im Gespräch mit dem Kammervorstand (hier im Bild Kristiane Göpel und Dr. Roland Straub)

wurde vom Vorstand mit ähnlichem Inhalt jüngst auch ein Schreiben an Sozialministerin Katrin Altpeter versandt, in dem auf die Gefahr eines möglichen mittelfristigen Abbaus von Kassensitzen für die Versorgung hingewiesen wurde.

Insgesamt konnten beide Seiten dieses erste Gespräch vor allem mit dem Blick auf eine künftige kontinuierliche und vertiefende Zusammenarbeit als einen erfolgreichen Einstieg bewerten.

AG Standortfaktor Gesundheit – zwei weitere Projektgruppen-Berichte verabschiedet

Wie mehrfach berichtet, ist die LPK sehr intensiv an den Projektgruppen der von

der Landesregierung initiierten „Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg“ betei-

ligt. Die Gesundheitsstrategie stellt den konzeptionellen Rahmen dar für eine ge-

sundheitsfördernde Gesamtpolitik. Ziel ist, die Entstehung chronischer Erkrankungen zu vermeiden oder hinauszuzögern, die Gesundheit in allen Lebensphasen und Lebenswelten zu fördern und damit die Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu sichern. Im Zuge der Einführung des Konzeptes wurde die AG „Standortfaktor Gesundheit“ gegründet, die als Plattform für eine informative Koordination sowie zur Umsetzung und Weiterentwicklung dient.

Die Projektgruppen (PG) haben ihre Arbeit weitgehend abgeschlossen und deren Abschlussberichte verfasst. Drei davon wurden jüngst beim Gesundheitsforum Baden-Württemberg vorgestellt.

In den Abschlussbericht der PG „Weiterentwicklung der Rehabilitation und Stärkung der Selbsthilfe“ wurden mehrere Anregungen der LPK aufgenommen (für die LPK:

Dr. Rüdiger Nübling). So u. a. die Kritik an den nach wie vor vielerorts zu einseitig „medizinzentriert“ ausgerichteten Rehabilitationskonzepten sowie die Forderung, die Klinikleitungen von Sucht- und psychosomatischen Rehakliniken auch durch Psychologische Psychotherapeuten zu besetzen.

Der Bericht der PG „Aktiv für gesundes Altern in Baden-Württemberg“ (LPK-Vertreter: Christian Dietrich) betont die Notwendigkeit psychischer Gesundheit bis ins hohe Alter und in diesem Zusammenhang die besondere Bedeutung gemeindenaher Möglichkeiten zur Förderung der Mobilität und körperlichen Aktivität von alten Menschen. Die medizinische Rehabilitation anstatt Pflege bzw. die Vernetzung zwischen Reha und Pflege ist ein weiterer Schwerpunkt des Berichts. Hier soll das Augenmerk auf die Verbesserung des körperli-

chen Befindens unter Beachtung psychischer und sozialer Belastungsfaktoren gelegt werden.

Die PG „Weiterentwicklung der Primärprävention und Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche“ (für die LPK: Kristiane Göpel) entwickelte in ihrem Bericht für fünf Altersstufen (0 bis 3, 4 bis 6, 7 bis 12 und 13 bis 18 Jahre) spezifische Vorschläge zur Förderung der psychischen und körperlichen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.

Weitere Berichte, u. a. auch mit LPK-Beteiligung, sind schon abgeschlossen (z. B. zur Gesundheitsberichterstattung) oder stehen kurz vor dem Abschluss (z. B. zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement; weitere Infos sowie alle Berichte zum Download finden Sie unter www.lpk-bw.de → Fachportal → Vernetzung → Gesundheitsstrategie BW).

Hinweis für Kammermitglieder in der vertragspsychotherapeutischen Versorgung – Fortbildungszertifikat zum Wunschtermin

Dieser Hinweis gilt für Mitglieder, die in der vertragspsychotherapeutischen Versorgung tätig sind und deshalb der gesetzlichen Fortbildungspflicht nach § 95 d SGB V unterliegen: Sichern Sie sich bereits jetzt das Fortbildungszertifikat zum Wunschtermin und kommen so der nächsten großen Antragsflut zuvor!

Die KVBW hat Ihnen im Regelfall mitgeteilt, bis wann Sie spätestens Ihr erstes bzw. Ihr nächstes Fortbildungszertifikat der Kammer vorlegen müssen. Dieser späteste Nachweisternin ist z. B. für diejenigen,

die bereits ein auf den 30.06.2009 datiertes Zertifikat haben, der 30.06.2014. Bezüglich des erforderlichen Nachweises bitten wir Sie Folgendes zu beachten:

Wenn Sie bereits jetzt oder einige Zeit vor Ablauf Ihrer Nachweisfrist die erforderlichen 250 Fortbildungspunkte gesammelt haben, können Sie Ihre Unterlagen jederzeit bei der Landespsychotherapeutenkammer Baden-Württemberg zur Prüfung einreichen (Antrag und Antragsunterlagen finden Sie auf unserer Homepage). Sofern die erforderliche Punktzahl erreicht

ist, wird Ihr Fortbildungszertifikat entweder sofort (= Datum des Eingangs Ihres Antrags) oder zu einem Datum Ihrer Wahl, dem sog. Wunschtermin (z. B. 30.06.2014) erteilt. Beim Wunschtermin müssen Sie allerdings berücksichtigen, dass immer nur Fortbildungspunkte Berücksichtigung finden können, die Sie in den fünf Jahren vor diesem Wunschdatum erworben haben! Wenn Sie möchten, dann können Sie sich also bereits jetzt frühzeitig absichern und kommen so der zu erwartenden nächsten großen Antragsflut zuvor.

Termine

Landespsychotherapeutentag 2013 am 22.06.2013 in Stuttgart. Thema „Arbeit und psychische Gesundheit – Psychische Belastungen/Erkrankungen am Arbeitsplatz“.

Berufs- und strafrechtliche Problemstellungen im psychotherapeutischen Praxistag, am 25.01.2013, 17.30–21.00 Uhr, Max-Planck-Haus Heidelberg, sowie am

01.02.2013, ebenfalls 17.30–21.00 Uhr im Hotel Stadt Tübingen in Tübingen.

Psychotherapeutische Notfallversorgung am 23.03.2013 in Freiburg mit PD Dr. G. Piper und Prof. Dr. J. Bengel.

Weitere Infos dazu unter www.lpk-bw.de.

Geschäftsstelle

Jägerstraße 40, 70174 Stuttgart
Mo – Do 9.00 – 12.00, 13.00 – 15.30 Uhr
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr
Tel. 0711 / 674470 – 0
Fax 0711 / 674470 – 15
info@lpk-bw.de; www.lpk-bw.de